



# »»America first« ist keine Erfindung von Trump«

Über Handelskonflikte gestern und heute

von Stefan Terliesner

Handelskonflikte gibt es, seit es internationalen Handel gibt. Ein Hegemon kann sich freien Handel leisten, setzt ihn zuweilen sogar mit Waffengewalt durch. Wenn ein anderes Land an die Spitze strebt, nehmen die Spannungen zu. Und dann ist da noch das Problem der Einkommensverteilung.

Amerika beginnt den größten Handelskrieg der Weltgeschichte«, titelte vor einem Jahr die Frankfurter Allgemeine Zeitung. Damit zitierte sie einen Sprecher des chinesischen Handelsministeriums. Der richtete seine Worte an die Weltöffentlichkeit, nachdem die US-Administration unter Präsident Donald Trump im Juli 2018 die Einführung von Zöllen speziell auf chinesische Waren angekündigt hatte. Bis Ende September verhängten die USA nach und nach wegen »unfairer Handelspraktiken der Volksrepublik China« Zölle auf Waren im Wert von 250 Milliarden US-Dollar.

Die Führung in Peking antwortete stets mit Gegenmaßnahmen in gleichem Umfang, nur bei der letzten »Strafzollrunde« schwenkte sie auf einen milderen Kurs um. Im Dezember einigten sich die beiden Supermächte dann auf einen »Waffenstillstand«, der im Februar 2019 auf »unbestimmte Zeit« verlängert wurde. Zu der ursprünglich geplanten Anhebung von US-Zöllen von 10 auf 25 Prozent für zahlreiche chinesische Waren kam es daher bisher nicht. Seitdem harrt die Welt der Dinge, die da noch kommen könnten. Im März 2018 hatten die USA bereits »Strafzölle« speziell auf Stahl- und Aluminiumerzeugnisse verhängt. Davon betroffen waren ebenfalls China, aber auch die EU und zahlreiche andere Länder. Auch die EU verlangte daraufhin Zölle auf bestimmte US-Güter,



und zwar Motorräder, Whiskey und Erdnussbutter sowie etwas später ebenfalls auf Stahl und Aluminium.

### Noch stehen die USA nicht im Handelskrieg

In der Historie gibt es viele Handelskonflikte, die in ihrem Verlauf eskalierten und sogar mit militärischen Mitteln weitergeführt wurden (siehe »Handelskriege der Geschichte«, Seite 58). Von einem Handelskrieg spricht man laut Andreas Nölke, Professor für Politikwissenschaften mit dem Schwerpunkt Internationale Beziehungen und Internationale Politische Ökonomie, »wenn es nicht mehr um einzelne und eher einseitige Sanktionen geht, sondern die Konfliktparteien zu einer Eskalationsspirale übergegangen sind, bei der jede Maßnahme durch eine Gegenmaßnahme gekontert wird, mit permanent steigenden Zöllen oder der Zunahme von nichttarifären Handelshemmnissen«. Die aktuellen Konflikte USA – China und USA – EU seien aber »noch nicht« Handelskriege.

Das sieht der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung ebenso. Zwar sei aktuell und ebenfalls ausgehend von den USA eine Abkehr von multilateralen Abkommen und eine Hinwendung zu Protektionismus zu beobachten. »Die Situation ist jedoch bislang nicht mit einem Handelskrieg wie in den 1920er und 1930er Jahren zu ver-

gleichen«, schreiben die fünf »Wirtschaftsweisen«, zu denen der Frankfurter Ökonomeprofessor Volker Wieland gehört, in ihrem im vergangenen November veröffentlichten Jahresgutachten 2018/2019. Die Ökonomen meinen freilich auch, dass die EU innerhalb der Regeln der World Trade Organisation (WTO) Vergeltungsmaßnahmen in Betracht ziehen sollte, um Verletzungen gegen eben diese internationale Ordnung zu bestrafen.

### Von der Kontrolle der Herrscher zum Freihandel

Ein Blick in die Geschichte hilft, die aktuellen Ereignisse einzuordnen und die damit verbundenen Gefahren für Wohlstand und Frieden abzuschätzen. Nach Angaben von Werner Plumpe, Professor für Wirtschafts- und Sozialgeschichte, haben staatliche Herrscher und ihre Bürokraten schon immer versucht, Handel zu kontrollieren und von ihm zu profitieren. Daraus ist im 16. bis 18. Jahrhundert die dominierende Lehre des Merkantilismus entstanden. Merkmal dieser Wirtschaftspolitik ist das Streben nach Überschüssen im Warenhandel. Mit dem erwirtschafteten Geld – damals mehr oder weniger reines Gold und Silber, heute Banknoten – konnten die Machthaber ihre Soldaten und Beamten bezahlen und Schlösser bauen. »Man glaubte, Handel sei ein Nullsummenspiel: Was der eine gewinnt, würde der andere verlieren«,

**Linkes Bild** Das Schlachtschiff »Redoutable« unter Kommandant Lucas bei der Seeschlacht von Trafalgar am 21. Oktober 1805. Der Schlacht ging ein Handelskrieg zwischen Großbritannien und Frankreich voraus. Nach dem Sieg unter Lord Nelson verhängte Napoleon eine Kontinental-sperre über seine Gegner. (Gemälde von A.E.F. Mayer, Musée de la Marine, Paris)

**Rechtes Bild** Heute sind Containerfrachter ein Symbol für den globalen Handel. Das Bild zeigt die Cosco Fortune, ein 366 Meter langer und 48 Meter breiter Frachter der chinesischen Reederei China Ocean Shipping Company (COSCO). Dahinter liegt ein Frachter der China Shipping Container Line.

## HANDELSKRIEGE DER GESCHICHTE

**In der Vergangenheit mündeten zahlreiche Handelskonflikte in militärische Auseinandersetzungen. Eine kleine Auswahl aus den vergangenen 800 Jahren:**

### GENUESISCH-VENEZIANISCHE KRIEGE

Im 13. und 14. Jahrhundert rangen die Republiken Genua und Venedig um die wirtschaftliche Vorherrschaft im Mittelmeer. Dreimal hatten beide Seiten bereits Krieg gegeneinander geführt, als im Jahr 1379 Genua endgültig Venedig besiegen wollte. Der Angriff erfolgte zu Wasser und zu Land bei Chioggia. Nach heftigen Kämpfen verlor Genua. Venedig wurde für Jahrhunderte zur führenden See- und Wirtschaftsmacht insbesondere im östlichen Mittelmeer.

### ENGLISCH-NIEDERLÄNDISCHE SEEKRIEGE

Im 17. und 18. Jahrhundert kämpfte England mit Wales und später mit Schottland gegen die Republik der Sieben Vereinigten Niederlande um die Kontrolle der Ozeane und Handelsrouten. Die Niederlande waren zunächst Weltmacht und führende Handelsnation. England entwickelte sich zum Konkurrenten. 1651 bekundete das britische Parlament mit der Navigationsakte den Seemachtsanspruch Englands, was zum ersten Krieg mit den Niederlanden führte; drei weitere Kriege folgten.

### FRANZÖSISCHE KONTINENTALSPERRE

Großbritannien verhängte 1793 eine Seeblockade über französische Hafenstädte. Daraufhin erließ Frankreich 1796 ein Gesetz, um den Import englischer Waren zu verhindern. 1805 unterlag Frankreich in der Seeschlacht von Trafalgar. Der französische Kaiser Napoleon ließ infolgedessen seine Invasionspläne in Großbritannien fallen. 1806 verhängte er gegenüber Großbritannien eine Kontinental Sperre. Ungeachtet dessen stieg Großbritannien zur größten Seemacht auf.

### ENGLISCH-CHINESISCHE OPIUMKRIEGE

Das Kaiserreich China hatte jahrhundertlang den Seehandel mit dem Ausland zig Restriktionen unterworfen. China exportierte mehr Waren als es importierte. Im Gegenzug flossen Devisen – hier vor allem Silber – von Europa nach China. Um seine negative Handelsbilanz auszugleichen, verstärkte England ab 1820 den Export des Rauschmittels Opium nach China. Millionen Chinesen wurden abhängig. 1839 verbot China den Opiumhandel. Prompt entsandte England einen Flottenverband, der nach und nach Wasserwege blockierte und chinesische Städte eroberte. 1842 endete der Krieg. China musste seine Häfen für Ausländer öffnen, den Opiumhandel dulden und die Insel Hongkong abtreten.

### USA LÖSEN ZOLLSPIRALE AUS

1922 erhöhte ein US-Gesetz die Zölle auf Importe in die USA. Dort stiegen die Preise. Europäische Staaten hoben ihre Zölle auf bestimmte US-Waren an. Die Schulden etlicher Länder nach dem Ersten Weltkrieg wurden zu einer immer größeren Last. Auch deshalb brach 1929 die Weltwirtschaftskrise aus. Um die eigene Wirtschaft zu schützen, erhöhten die USA 1930 erneut die Zölle auf Rekordniveau. Zeitgenossen kritisierten die Maßnahme scharf – vergeblich. Andere Staaten erhöhten daraufhin auch ihre Zölle und strebten nach Autarkie. Bis 1933 brach der Welthandel um 60 Prozent ein. Der Protektionismus trug zum Ausbruch des Zweiten Weltkriegs bei.

Quelle: Wikipedia, Ergänzungen des Autors

so Plumpe. Alle großen europäischen Nationalstaaten und Kolonialmächte hingen dieser Vorstellung an: Spanien, Portugal, Frankreich und England.

Doch die Vereinigten Niederlande – die sieben Provinzen hatten sich 1581 vom spanischen Monarchen losgesagt und 1648 endgültig ihre Unabhängigkeit errungen – drangen auf einen freien Handel zur See. Die juristische Begründung lieferte 1609 Hugo Grotius mit der Schrift *Mare Liberum* – heute ein Klassiker des Völkerrechts. Dass ausgerechnet in einem jungen und kleinen Staat liberale Ideen aufkamen, überrascht Plumpe nicht: »Als Land ohne großes Territorium, aber mit Ambitionen und großen Fähigkeiten in der Schifffahrtskunde mussten die Niederländer sagen, lasst uns Handel zum gegenseitigen Vorteil machen – das Meer ist frei.«

Mehr als 150 Jahre später versuchten weitere Gelehrte wie David Hume, Adam Smith und David Ricardo die Herrschenden davon zu überzeugen, dass es auch im Interesse des Staates liegt, den Handel bei möglichst wenig behördlicher Steuerung Privatleuten zu überlassen. Daraus entstand das Credo der klassischen Nationalökonomie: Handel erzeugt Wohlstandsgewinne –, und zwar für alle beteiligten Länder. Das ist heute unter Wissenschaftlern nahezu unbestritten. Zu beachten sind allerdings die Verteilungseffekte.

### Großbritanniens Aufstieg zur Welthandelsmacht

Es sollte weitere rund hundert Jahre dauern, bis Freihandel in einem Land parteiübergreifend Konsens wurde –, nämlich in den 1850er Jahren in Großbritannien. Damals war das Land die leistungsfähigste Industrie- und Handelsnation der Welt. Reich an Kohlevorkommen und Erz wusste Großbritannien Erfindungen wie die Dampfmaschine – James Watt erhielt darauf 1769 ein Patent – geschickt zu nutzen. Zudem rangen die Briten in zahlreichen Kriegen konkurrierende Nationen nieder beziehungsweise hielten sie auf Distanz. Den finanziellen Grundstein für die Errichtung des britischen Imperiums legte der Freibeuter Francis Drake. Im Auftrag der britischen Königin Elisabeth I. nahm er spanischen Schiffen ihre Gold- und Silberladung ab, die diese den Ureinwohnern in Mittel- und Südamerika geraubt hatten. Auch das führte 1588 zum Seekrieg gegen die spanische Armada. Die Briten siegten.

»Fortan rangen sie insbesondere mit den zu Beginn kaufmännisch und nautisch überlegenen Niederländern um die Herrschaft im Überseehandel«, erklärt Plumpe. Aber erst mit dem Ende der napoleonischen Kriege 1815 wurde Großbritannien zur Weltmacht. Doch Zölle erhoben die Briten immer noch gerne – z. B. auf Getreide, um den Interessen vor allem der

adligen Großgrundbesitzer entgegenzukommen. »Der Schutz bestimmter Produzenten und Interessengruppen ist ein wichtiger Grund für Handelskonflikte«, sagt auch Reinhard Wolf, Professor für Internationale Beziehungen mit dem Schwerpunkt Weltordnungsfragen an der Goethe-Universität.

In der Zeit der Frühindustrialisierung kam es nach einer Erntekrise zu Versorgungsengpässen in England und zu einer Hungersnot in Irland, das damals zum Vereinigten Königreich gehörte. In der Folge wurden die Zölle auf Getreide zum Symbol der Einschränkung des Handels. 1846 schaffte Großbritannien die Getreidezölle und 1860 – ohne Gegenleistungen anderer Staaten – alle Zölle ab. Zu dieser Zeit, sagt Plumpe, konnten sich die im Vereinigten Königreich den Ton angehenden Engländer Freihandel leisten. »Als Nummer eins der Welt waren sie bestrebt, für den Handel günstige Bedingungen zu schaffen.« Die Logik dahinter: »Wer über überlegene Produkte und Produktionsverfahren verfügt und von dem dadurch verursachten Strukturwandel profitiert, der sagt immer, der Handel soll frei sein«, erklärt der Experte für Wirtschafts- und Sozialgeschichte. Dabei wurden andere Länder zum Teil per »Kanonenbootpolitik« zum Verzicht auf Zölle gezwungen. Beispiele sind der Opiumkrieg gegen China (1839–1842) und die Öffnung Japans (1853–1858) gemeinsam mit den USA.

### »Erziehungszölle« helfen den wirtschaftlich Schwachen

Die Frankfurter Professoren Plumpe und Wolf erinnern in diesem Zusammenhang beide unabhängig voneinander an Friedrich List. Der Ökonom war kein Gegner internationaler Verflechtungen. Er empfahl 1841 unterentwickelten Ländern aber, vorübergehend »Erziehungszölle« einzuführen, um sich oder bestimmte Branchen gegen übermächtige ausländische Konkurrenz zu schützen. Die USA zum Beispiel haben das schon immer getan. »America first ist keine Erfindung von Trump«, sagt Plumpe.

In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts wurden die Briten insbesondere vom 1871 gegründeten Deutschen Reich herausgefordert. Damals begann die zweite industrielle Revolution, die durch die Verbindung von Forschung und Produktion getrieben wurde. Deutsche Unternehmen waren plötzlich in der Lage, Produkte synthetisch herzustellen. Beispiele sind Polymere statt Kautschuk, Amoniak- statt Stickstoffdünger sowie künstliches Indigo statt des natürlichen Farbstoffes. Diese Innovationen standen in Konkurrenz zu Produkten aus den britischen Kolonien. Gleichzeitig war die deutsche Schutzzollpolitik nur mäßig, letztlich unbedeutend, stellt Plumpe fest.



Die Briten hielten zwar am Freihandel fest, versuchten aber, ihre Handelsstrukturen mit nichttarifären Hemmnissen zu schützen. So führte Großbritannien 1887 die Pflicht zur Angabe des Herkunftslandes auf Importprodukten ein – »Made in Germany« war geboren. Das Logo sollte vermeintlich billige, minderwertige und eh nur nachgeahmte Importware kennzeichnen. Heute ist das Gegenteil der Fall. Die deutsche Reichsgründung gab der Industrialisierung im Land gewaltigen Schub. Auch die Wirtschaft in den USA entwickelte sich zu dieser Zeit schneller als die Großbritanniens. »Hauptprofiteure der britischen Freihandelspolitik waren das Deutsche Reich und die USA«, betont Plumpe. »Insbesondere Deutschland erschien den Briten plötzlich als Aufsteiger, den man klein halten müsse. Das trug zu den internationalen Konflikten vor dem Ersten Weltkrieg bei.«

### Konflikte friedlich regeln: von der europäischen Freihandelszone zur Welthandelsorganisation

Nach dem großen Krieg 1914 bis 1918 kehrte nur Großbritannien zum Freihandel zurück. Vorschläge von Fachleuten, eine europäische Freihandelszone zu schaffen, fanden kein Gehör. »Man wollte keine Ordnung, von der erneut die Deutschen profitiert hätten«, sagt Plumpe. »In Europa grassierte die Angst vor deutscher Vergeltung. Zu der es dann tatsächlich kam, die aber nicht eingetreten wäre, wenn man in der

Freibeuter im Auftrag des Staates: Francis Drake (1540–1596). Nachdem Spanien über englische Kaufleuten ein Embargo verhängte, erlaubte die Königin Elisabeth englischen Schiffen die Kapererei. Fast dreißig Jahre lang kämpft Drake gegen Spanien. Als Vizeadmiral hatte er maßgeblich Anteil am siegreichen Kampf gegen die Spanische Armada 1588.

## CHINA STÜRMT AN DIE SPITZE

Anteil am weltweiten Warenexport (Angaben in Prozent)

Noch im Jahr 1970 war China im Handel mit Gütern nahezu unbedeutend. Nur ein Prozent betrug der Anteil am globalen Warenexport. Das Land war ein verarmter Bauernstaat. Im Jahr 1978 leitete die Kommunistische Partei die Liberalisierung der Wirtschaft ein. Damit begann der Aufstieg zur Handelsnation mit einem Anteil am Warenexport von rund 16 Prozent im Jahr 2017.

	1970	2000	2017
EU	23,9	17,1	15,5
USA	19,4	16,2	11,5
China	1,0	5,2	16,2
Rest	55,7	61,5	57,2

Quelle: United Nations Conference on Trade and Development (UNCTAD): Online-Datenbank: UNCTADstat (10/2018); Lizenz: Creative Commons by-nc-nd/3.0/de; Bundeszentrale für politische Bildung 2019 | www.bpb.de

Zwischenweltkriegszeit eine gemeinsame Lösung der wirtschaftlichen Probleme gefunden hätte.« Zu den größten zählte damals die hohe Verschuldung vieler Staaten. Sie trug wesentlich dazu bei, dass der Goldstandard nach dem Ersten Weltkrieg praktisch aufgehoben blieb. Bis zum Ausbruch des Kriegs war die Einlöspflicht von Banknoten in Gold eines der wenigen multilateralen Abkommen. So geriet Europa in eine Abwärtsspirale aus Abschottung und Blockdenken.

Mit dem Ende des Zweiten Weltkriegs waren die USA eine ökonomische und politische Großmacht; nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion 1991 war die Vorherrschaft sogar global. Ähnlich wie die Briten auf dem Höhepunkt ihrer imperialen Macht waren jetzt die Vereinigten Staaten von Amerika die Verfechter des Freihandels – sofern es ihnen nützte. Auf Drängen der USA entstand 1947 mit dem General Agreement on Tariffs and Trade (GATT) eine internationale Vereinbarung über den Welthandel. Das Problem: Verstöße konnten nur schwer geahndet werden. Dem GATT folgte daher 1995 die World Trade Organisation (WTO). Sie hat 164 Mitglieder. Wenn ein Mitgliedstaat gegen die vereinbarten Handelsregeln verstößt, darf das dadurch geschädigte Land nach Zustimmung der WTO darauf mit Wirtschaftssanktionen reagieren. China gehört seit 2001 der WTO an. Die EU beziehungsweise deren Vorgängergebilde schufen für ihre Mitglieder zwar eine zollfreie Zone. Gegenüber Entwicklungsländern und insbesondere Afrika verhält sich die EU indes bis heute sehr protektionistisch.

### »China spielt nicht ganz nach den Regeln der WTO«

Nach Auffassung von Plumpe befinden sich die USA heute in einer ähnlichen Lage wie Großbritannien vor fast 150 Jahren: Sie werden von einem Emporkömmling herausgefordert – China. Das Riesenreich mit 1,4 Milliarden Einwohnern hat das Potenzial, die USA als globalen Hegemon abzulösen. Für den wirtschaftlichen

### AUF DEN PUNKT GEBRACHT

- Freihandel ist unter wirtschaftlich ähnlich starken Partnern vorteilhaft.
- Handelskonflikte werden durch geschlossene Handelsblöcke begünstigt.
- Für Entwicklungs- und Schwellenländer können Schutzzölle sinnvoll sein.
- Offene Märkte sind eine große Chance für aufstrebende Länder.
- Freihandel führt zu Strukturwandel mit Gewinnern und Verlierern.

Aufstieg des Landes nutzen die Machthaber die offenen Märkte anderer Länder, beherzigten aber auch die Schutzzollpolitik eines Friedrich List. Der Export arbeitsintensiver Güter wurde gefördert. Im Gegenzug importiert China Investitionsgüter, was die heimischen Produktionskapazitäten erweitert und zu Wachstum führt. Gleichzeitig wurde der Zugang zum eigenen

Markt begrenzt. »China spielt nicht ganz nach den Regeln der WTO«, sagt Wolf dazu.

Solange China nur Billigwaren exportierte, war die nicht ganz saubere Spielweise des Landes für die USA und andere Staaten offenbar akzeptabel. Heute aber ist China in Branchen wie Halbleiter, Internet und Smartphone zum technologischen Vorreiter aufgestiegen. Die chinesische Staatsführung will den Strukturwandel weg von Billigware hin zu Hochtechnologie sogar noch forcieren. 2015 verkündete sie die Strategie »Made in China 2025«. Deren Ziel ist der Aufbau einer fortschrittlichen industriellen Produktion zum Beispiel in den Bereichen Robotik, Schienenverkehr, Energie und Biopharma. Auf diese Weise wollen Chinas Machthaber mehr besser bezahlte Arbeitsplätze schaffen.

### **Angst vor Strukturwandel: eine offene Flanke der Demokratie**

All das macht Regierungen im Ausland nervös. Laut Plumpe setzen Menschen wirtschaftliche Erfolge mit größerer politisch-militärischer Macht gleich. Nicht vergessen sollte man auch, dass China ein von einer Partei autoritär geführter Staat ist. Demokratien müssen natürlich ebenfalls den sich durch Außenhandel ergebenden Strukturwandel gestalten. Um regieren zu können, müssen Politiker dort aber genügend Wähler überzeugen. »Und genau hier liegt das Dilemma der Handelskonflikte der Gegenwart«, betont Plumpe. »Wenn die Menschen in den Demokratien glauben, dass sie bei dem weltwirtschaftlichen Strukturwandel schlecht wegkommen, dann werden sie Regierungen wählen, von denen sie annehmen, dass sie ihre individuelle Position verbessern. Trump zum Beispiel ist von diesen Menschen gewählt worden.«

Während sich in China seit dem WTO-Beitritt für Millionen Menschen die Lebensverhältnisse verbesserten, erlebten zum Beispiel in den USA viele einfache Arbeiter den Niedergang der verarbeitenden Industrie. Andererseits profitierten in den Vereinigten Staaten Hochqualifizierte von den Exporten hochwertiger Güter ins Reich der Mitte und Kapitalbesitzer davon, dass ein Großteil der Wertschöpfung etwa eines Smartphones in den USA anfiel. Insofern stimmt es zwar, dass Außenhandel Wohlstandsgewinne für alle beteiligten Länder bringt, »der Nutzen innerhalb von Gesellschaften ist aber sehr ungleich verteilt«, betont Politikwissenschaftler Nölke. Und er ergänzt: »Meist zahlen die Gewinner keine Kompensation an die Verlierer.«

»Den durch Freihandel ausgelösten Strukturwandel in den Ländern müssen die Menschen auch mitgehen können«, sagt auch Wolf. Das ist nicht leicht. Ein Berufs- und Branchenwechsel geht für die Betroffenen mit erheblichen individuellen Anpassungskosten einher.

Auch deshalb werden wirtschaftliche Verflechtungen von vielen Menschen zunehmend kritisch gesehen. »All das verschafft Populisten Auftrieb, nicht nur in den USA. Der Grundkonsens für eine liberale Wirtschaftsordnung ist nicht mehr so stabil wie vor zehn oder 15 Jahren«, unterstreicht der Experte für Weltordnungsfragen.

Damit beschreiben die Frankfurter Forscher die größte Gefahr der aktuellen Handelskonflikte zwischen den USA und China, aber auch zwischen den USA und der EU sowie der EU und China: Bei geschlossenen Handelsblöcken nimmt die Rivalität schneller und ausgeprägter zu als bei offenen Märkten. Gleichzeitig kann Freihandel die Wirtschaft eines Entwicklungs- und Schwellenlandes zerstören. Unter wirtschaftlich annähernd gleich starken Ländern ist Freihandel vorteilhaft. Doch nicht alle profitieren im gleichen Ausmaß. Das Problem ist die ungleiche Einkommensverteilung. Dies ist die offene Flanke der Demokratien. Sie muss geschlossen werden, sonst drohen Handelskriege, die auch mit militärischer Gewalt ausgetragen werden könnten. ●

### **Literatur**

Osterhammel, Jürgen:  
Zur Geschichte des  
Freihandels, in:  
Aus Politik und Zeitgeschichte,  
68. Jahrgang, 4-5/2018.



### **Der Autor**

**Stefan Terliesner**, 51, ist Dipl.-Volkswirt und freier Journalist. Zu seinen Schwerpunkten zählen die Aufgabenverteilung zwischen Staat und Markt aus ordnungspolitischer Sicht sowie internationale Wirtschaftsbeziehungen. Er schreibt u. a. für mehrere renommierte Magazine und Zeitungen sowie seit 13 Jahren für einen weltweit führenden Wissenschaftsverlag.

[s.terliesner@web.de](mailto:s.terliesner@web.de)

# IMPRESSUM

**FORSCHUNG FRANKFURT**  
Das Wissenschaftsmagazin der Goethe-Universität



## IMPRESSUM

**Herausgeber** Die Präsidentin der Goethe-Universität Frankfurt am Main  
V.i.S.d.P. Dr. Olaf Kaltenborn, Leiter der Abteilung PR und Kommunikation  
Theodor-W. Adorno-Platz 1, Campus Westend, PA-Gebäude, 60323 Frankfurt

**Redaktion** Dr. Anke Sauter (asa), Referentin für Wissenschaftskommunikation  
(Geistes- und Sozialwissenschaften), Telefon (069)798-13066, E-Mail: sauter@pww.uni-frankfurt.de  
Dr. Anne Hardy, Referentin für Wissenschaftskommunikation  
(Naturwissenschaften und Medizin), Telefon (069)798-12498, E-Mail: hardy@pww.uni-frankfurt.de

**Grafisches Konzept und Layout** Nina Ludwig, M.A., Visuelle Kommunikation,  
Telefon (069)798-13819, E-Mail: ludwig@pww.uni-frankfurt.de

**Satz** Nina Ludwig, Goethe-Universität Frankfurt und Dagmar Jung-Zulauf Medienwerkstatt, Niddatal

**Litho** Peter Kiefer Mediendesign, Frankfurt

**Bildrecherche** Elsa Fiebig, Goethe-Universität Frankfurt

**Lektorat** Astrid Hainich, Bonn, und Ariane Stech, Meckenheim

**Vertrieb** Helga Ott, Theodor-W. Adorno-Platz 1, Campus Westend, PA-Gebäude,  
Raum 4P.36A, 60323 Frankfurt, Telefon (069)798-12472, Telefax (069) 798-763-12531,  
E-Mail: ott@pww.uni-frankfurt.de

**Forschung Frankfurt im Internet** www.forschung-frankfurt.de

**Druck** Societätsdruck, Westdeutsche Verlags- und Druckerei GmbH,  
Kurfürstenstraße 4–6, 64546 Mörfelden-Walldorf

**Bezugsbedingungen** »Forschung Frankfurt« kann gegen eine jährliche Gebühr von 12 Euro  
(Schüler und Studierende 8 Euro) abonniert werden. Das Einzelheft kostet 6 Euro (4 Euro ermäßigt).  
Abonnement und Einzelverkauf siehe Vertrieb.

Für Mitglieder der Vereinigung von Freunden und Förderern der Johann Wolfgang Goethe-Universität  
Frankfurt am Main e.V. sind die Abonnementgebühren für »Forschung Frankfurt« im Mitgliedsbeitrag  
enthalten.

Hinweis für Bezieher von »Forschung Frankfurt« (gem. Hess. Datenschutzgesetz): Für Vertrieb und  
Abonnementverwaltung von »Forschung Frankfurt« werden die erforderlichen Daten der Bezieher in  
einer automatisierten Datei gespeichert, die folgende Angaben enthält: Name, Vorname, Anschrift  
und Bezugszeitraum. Die Daten werden nach Beendigung des Bezugs gelöscht.

Die Beiträge geben die Meinung der Autoren wieder. Der Nachdruck von Beiträgen ist nach  
Absprache möglich.

## ABBILDUNGSNACHWEIS

**Titel** Diana Vucane/Shutterstock.

**Aus der Redaktion** Seite 1: Foto von Yuliya Chsherbakova/Shutterstock

**Konflikt in der Gesellschaft: Triebkraft oder Sprengstoff?** Erst im Konflikt finden wir zueinander  
Seite 4: Bundesregierung/Steffen Kugler; Seite 7 und 8: Jürgen Lecher; Seite 9: Uwe Dettmar; **Woher  
rührt die Zuspitzung?** Seite 10: Dan Race/Shutterstock; Seite 11: MoBloS/Shutterstock; Seite 12: Oksana  
Mizina7/Shutterstock; Seite 13: Tobias Volmar/Shutterstock; Seite 15: Autorenfoto Uwe Dettmar; **Die  
Jerusalem-Frage – ein »unlösbarer« Konflikt?** Seite 16: Gemenacom/Shutterstock; Seite 18: akq-  
images/Bible Land Pictures/Jerusalem Photo by: Z. Radovan; Seite 19: Taurus/Shutterstock; Seite 20:  
Autorenfotos Uwe Dettmar; **Grundgesetz und Scharia im Konflikt?** Seite 21: TonyV3112/Shutterstock;  
Seite 22: Smarta/Shutterstock; Seite 24: © Nike, Inc. (Foto von Rick Guest); Seite 25: Uwe Aranas/  
Shutterstock, Autorenfoto Uwe Dettmar.

**Wie sich Konflikte lösen lassen** Zwischen Recht und Politik Seite 26: Waldemar/Shutterstock;  
Seite 28: REUTERS/Jonathan Ernst; Seite 29: Picture-Alliance/Jerry Lampen; Seite 30: Bundeszentrale für  
politische Bildung, 2010, www.bpb.de/Lizenz: Creative Commons by-nc-nd/3.0/de, Autorenfoto HSFK/  
Ralf Schönberger; **Buchtipps** Seite 31: Buchcover; **Frieden durch Strafe** Seite 32: César Romero für das  
Centro Nacional de Memoria Histórica de Colombia; Seite 33: César Romero für das Centro Nacional de  
Memoria Histórica de Colombia; Seite 34: César Romero für das Centro Nacional de Memoria Histórica de  
Colombia; Seite 36: César Romero für das Centro Nacional de Memoria Histórica de Colombia, Autoren-  
foto Uwe Dettmar; **Nicht nur vor Gericht lassen sich Konflikte lösen** Seite 38: Illustration: Ludwig;

Seite 39: Autorenfoto Uwe Dettmar; **Fukushima: Schlichtung als pragmatische Lösung oder »Just-  
ice light«?** Seite 40: REUTERS/Toru Hanai; Seite 41: Autorenfoto Uwe Dettmar; **Wie lang war der Arm  
des Ptolemaios** Seite 42: Abb. Statue: Detroit Institute of Arts 51.83, Abb. Papyrus: Papyrussammlung  
der Goethe-Universität. (P.Frankf. 7, Z. 9-12, 216/215 v.Chr.) http://papyri.info/ddbdp/p.frankf.7; Seite 43:  
Autorenfoto, Papyrus Uwe Dettmar; **Warum Mediation auch eine Aufgabe der Gerichte ist...** Seite  
45: Autorenfoto privat.

**Konflikte einst und heute Architektur der Macht** Seite 46: Rüdiger Krause (bearbeitet); Seite 48:  
Rüdiger Krause; Seite 49: Rüdiger Krause (großes Bild), Barbara Voss (kleines Bild); Seite 50: Autorenfoto  
Uwe Dettmar; Seite 51: Karte LOEWE-Datenbank, Becker; **»Konflikte prägen unser Zeitempfinden«**  
Seite 52: akq-images; Seite 53: akq-images; Seite 54: Autorenfoto Stefan Gloede, Potsdam; Seite 55:  
Markus Desaga/DVA; **»America first ist keine Erfindung von Trump«** Seite 56: akq-images; Seite 57:  
Sheila Fitzgerald/Shutterstock; Seite 59: Quagga Media UG/akq-images; Seite 60: United Nations Conference  
on Trade and Development (UNCTAD), Online-Datenbank, UNCTADstat (10/2018); Lizenz: Creative  
Commons by-nc-nd/3.0/de; Bundeszentrale für politische Bildung 2019 | www.bpb.de; Seite 61: Autoren-  
foto privat; **Ist die Welt friedlicher geworden?** Seite 62: Global Peace Operations Review; Seite 64:  
UCDP/PRIOD Armed Conflict Dataset, UCDP/PRIOD Armed Conflict Dataset, Julia Leib, Seite 66: Uwe Dettmar;  
**Friede den Hütten, Krieg den Palästen!** Seite 67: akq-images; Seite 68: akq-images, Autorenfoto Stefanie  
Wetzel; Seite 69: akq-images; Seite 71: Deutsches Historisches Museum, Autorenfoto Uwe Dettmar.

**Von Mensch zu Mensch Ist die Welt friedlicher geworden?** Seite 72 bis 76: alle Illustrationen von  
Elmar Lixenfeld, Frankfurt, Autorenfoto Uwe Dettmar; **Beredtes Schweigen über Konflikte** Illustrati-  
onen Seite 78,79: von StockSmartStart/Shutterstock, Seite 77, 81, 82: von Yuliya Chsherbakova/Shutter-  
stock, Seite 81: Autorenfoto Uwe Dettmar; **»Wenn Du Dein wahres Gesicht zeigen würdest, würdest  
Du 10 000 Follower verlieren ...«** Seite 82/83: Daumen Vectorbro/Shutterstock; Seite 82-86: Like-Icon  
zo3listic/Shutterstock; Seite 84: Tatyana Dzemileva/Shutterstock (links), Rokas Tenys/Shutterstock  
(rechts); Seite 85: MinDof/Shutterstock; Seite 86: Autorenfoto Uwe Dettmar; **Am Pranger** Seite 87 bis  
90: alle Illustrationen von Thomas Plaßmann; Seite 91: Autorenfoto Uwe Dettmar.

**Natur und Konflikt (K)Ein Platz für Wölfe** Seite 92 bis 97: Bilder von Anne Neidhöfer, Seite 97: Auto-  
renfoto privat; **Welche Natur, für wen und wie zu schützen?** Seite 98: Teagan Cunniffe 2018, mit  
Genehmigung der NWHF; Seite 99: Teagan Cunniffe 2018, mit Genehmigung der NWHF; Seite 100: Bild  
068-2178b-20 Goldbeck u. a. 2011: 26, Bildarchiv der Deutschen Kolonialgesellschaft, Universitätsbiblio-  
thek Frankfurt am Main; Seite 101: Bild 037-0600-039 Bildarchiv der Deutschen Kolonialgesellschaft,  
Universitätsbibliothek Frankfurt am Main; Seite 102 bis 103: alle Fotos von Robert Pütz 2017; Seite 103:  
Autorenfotos Uwe Dettmar; **Vom Beschleichen wilder Löwen** Seite 104, 108 bis 110, 112: alle Fotos  
von Astrid Reuber/Lacey Fund e.V.; Seite 105 und 111: Archiv Carl Hagenbeck GmbH; Seite 106 und 107:  
alle Fotos von Joachim Scholz; Seite 110: Autorenfoto Sven Tränkner, SGN.

**Aktuelles aus der Wissenschaft »Konsequent wäre ein Institut für Sozialwissenschaften«** Seite  
114: EHT; **Astronomen zeigen erstes Bild eines Schwarzen Lochs** Seite 116: EHT, Seite 117: Simu-  
lation: Younsi, Rezzolla; **Paul Ehrlich-Preis für Proteinfaltung** Seite 118: Uwe Dettmar; **Preis für  
»Brückenbauer« Prof. Ferdinand Gerlach** Seite 118: Michael Fuchs; **Krebsforschung in »Echtzeit«**  
Seite 119: Stefan Streit.

**Vorschau** Liya Graphics/Shutterstock.

Wir haben uns bemüht, die Urheber- und Nutzungsrechte für die Abbildungen zu ermitteln und deren Ver-  
öffentlichungsgenehmigung einzuholen. Falls dies in einzelnen Fällen nicht gelungen sein sollte, bitten wir  
die Inhaber der Rechte, sich an die Goethe-Universität, Abteilung PR und Kommunikation, zu wenden.  
Berechtigte Ansprüche werden selbstverständlich abgegolten.

